

**DR. NINA SCHEER**

**SPD**

BUNDESTAGSABGEORDNETE  
HERZOGTUM LAUENBURG | STORMARN-SÜD



## NEWSLETTER

4/2018



Foto: Bundesregierung / Arge GF-BT GbR

Im Rahmen einer Berlinfahrt waren Ende Oktober Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis zu Besuch im Reichstagsgebäude.



Auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Heinrich-Heine-Hauses diskutierte ich in Paris über Klimaschutzpolitik.



Foto: Hermann Bock

Neue SPD-Mitglieder nahmen in Mölln an einem Neumitgliederseminar teil und erhielten Anregungen zur Mitwirkung.



Foto: Ilona Akopjan

Zusammen mit dem Landtagsabgeordneten Martin Habersaat besuchte ich das AWO-Integrationscenter in Reinbek.

Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Leserinnen und Leser,

die vierte Ausgabe des Newsletters umfasst die Vorhaben und Entscheidungen von November und Dezember 2018. Mit einem etwas ausführlicheren Beitrag über § 219a des Strafgesetzbuches, der das Werbe- und Informationsverbot zu Schwangerschaftsabbrüchen enthält, wird aber zugleich auf das kommende Jahr vorgegriffen, wenn es um die Veränderung des betreffenden heutigen Rechtsrahmens gehen wird. Es müssen dabei rechtssichere, individuelle Informationsrechte für Ärztinnen und Ärzte sowie Krankenhäuser geschaffen werden, indem ein dahingehendes strafrechtliches Werbeverbot über Schwangerschaftsabbrüche abgeschafft wird.

Ebenfalls als Auftakt für 2019 ist der in dieser Ausgabe abgedruckte „Sozialdemokratische Energiewende-Appell“ zu sehen, den ich als Online-Plattform initiierte. Da die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, die sogenannte Kohlekommission, zum 1. Februar 2019 ein Konzept zum Kohleausstieg und dem damit verbundenen Strukturwandel vorlegen möchte, wird es auch auf eine starke energiewende- und chancenorientierte sozialdemokratische Stimme ankommen, für die der genannte Appell einen Beitrag leisten soll.

Anregendes Lesen wünscht

Ihre und eure



#### Inhalt

• Themen	3
* Wechselnde Mehrheiten	3
* § 219a Strafgesetzbuch	4
* Arbeit und Soziales	8
* Pflegepersonalstärkungsgesetz	9
* Betäubungslose Ferkelkastration	10
* Bundeshaushalt 2019	14
* Gute-Kita-Gesetz	17
* Grundgesetzänderung zur weiteren Abschaffung des Kooperationsverbots	17
* Energiesammelgesetz	20
* Sozialdemokratischer Energiewende-Appell	22
• PraktikantInnen	25
• Reden	26
• Medienspots (Auswahl)	27
• Eigene Veranstaltungen	27
• Auf Einladung	28
• Bilderschau	32

## Themen

### Wechselnde Mehrheiten

#### Ein Vorschlag für mehr parlamentarischen Ideenwettbewerb

Die große Koalition zwischen CDU, CSU und SPD ist von immer schwerer erkennbaren Profilen der beteiligten Parteien geprägt. Dies war bereits eine Erfahrung aus der letzten Legislaturperiode, die sich nun weiter fortsetzt. Ein großer Anteil liegt in den programmatischen und richtungsweisenden Unterschieden zwischen den koalierenden Parteien. Je unterschiedlicher Ziele und Programmatik der jeweiligen Koalitionspartner sind, desto kleiner sind die „gemeinsamen Nenner“. Nur die engen Schnittmengen an gemeinsamen Zielen können zur Umsetzung kommen. Dies bereitet einen Nährboden für Populisten, wie sie derzeit weltweit am rechten Rand wachsen und auch in Deutschland an dem Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Demokratie rütteln.

Es müssen in einer Koalition somit verstärkt auch solche Ziele benannt werden, die nicht Bestandteil des Koalitionsvertrages sind. Wenn es um die Umsetzung mit mehrheitsbildenden Bündnissen geht, scheitert dies allerdings – wie bei Koalitionen üblich – an dem Ausschluss sogenannter wechselnder Mehrheiten, also einem gemeinsamen Stimmverhalten mit anderen Fraktionen als dem Koalitionspartner.

So heißt es in dem zwischen CDU, CSU und SPD im Frühjahr 2018 vereinbarten Koalitionsvertrag:

*„Im Bundestag und in allen von ihm beschickten Gremien stimmen die Koalitionsfraktionen einheitlich ab. Das gilt auch für Fragen, die nicht Gegenstand der vereinbarten Politik sind. Wechselnde Mehrheiten sind ausgeschlossen.“*

Eine Lösung könnte in einer Verständigung zwischen den Koalitionspartnern liegen, wechselnde Mehrheiten in bestimmten Fällen zuzulassen – und zwar, wenn sie sachlich nicht im Widerspruch mit Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag stehen und zumindest von einer Koalitionsfraktion mehrheitlich in Bezug auf einzelne Vorhaben und Abstimmungen eingefordert werden. Anders als Gewissensentscheidungen können wechselnde Mehrheiten zwischen den Fraktionen stattfinden und nicht innerhalb derselben.

In wechselnden Mehrheiten, wie auch bei Minderheitsregierungen oder Kooperationsmodellen (hier findet eine koalitionäre Einigung nur für ausgewählte Ziele statt), liegt die Chance auf offenen, inhaltlichen Diskurs bzw.

"parlamentarischen Ideenwettbewerb". Ein solches Ringen um Ziele und Umsetzungsschritte vermag die Profile der koalierenden Parteien wie Fraktionen und so auch das Vertrauen in Politik, Parlament und Parteien zu stärken. Dies hätte auch Auswirkungen auf Stil und Sprache: Es stünden nicht nur mühsam errungene Kompromisse im Mittelpunkt von Erfolgsmeldungen, die regelmäßig unliebsame koalitionäre Uneinigkeiten verbergen und damit zwangsläufig zu unvollständigen

Ergebnismeldungen führen oder gar zu „verschleiender Sprache“ veranlassen. Wechselnde Mehrheiten ermöglichten, die Ziele, für die eine Partei angetreten ist, auch parlamentarisch zur Sprache wie zur Umsetzung zu bringen und diese von möglichen Mitstreiter-Fraktionen offensiv einzufordern.

## **§ 219a Strafgesetzbuch**

Seit vielen Monaten wird über den § 219a StGB diskutiert, der ein strafrechtliches Verbot von Werbung, aber auch von Informationen über Schwangerschaftsabbrüche vorsieht. In richterlicher Auslegung der Strafnorm, etwa im Fall der Frauenärztin Dr. Kristina Hänel, die auf ihrer Homepage über Schwangerschaftsabbrüche informierte, befand das Landgericht Gießen im Berufungsurteil, § 219a StGB verbiete,

*„(...) jede öffentliche Information über die Bereitschaft zur Vornahme von ärztlichen Dienstleistungen, über Produkte und über Methoden zur Vornahme eines Schwangerschaftsabbruchs, sofern dies eines Vermögensvorteils wegen geschieht oder aber in hier nicht maßgeblichen auch standeswidrigen Fall in grob anstößige Weise. Da Ärzte als Freiberufler üblicherweise ein Honorar beanspruchen können und letztlich für ihren Lebensunterhalt auch müssen, ist damit jeder öffentliche Hinweis auf die Bereitschaft zur Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen strafbar, solange die ärztliche Leistung nicht entgeltfrei angeboten wird (...)“*

Die auf der Website von Kristina Hänel verfügbaren Informationen legte das Landgericht Gießen wie folgt aus:

*„Über den Link "Infos" gelangte man auf zwei Schaltflächen, die neben der Allgemeinmedizin einen Download über eine PDF Datei zum Thema "Schwangerschaftsabbruch" eröffnete. Dort wird auf ausgedruckt zwei DIN A4 Seiten auf die Gesetzeslage zu §§ 218, 219 StGB bzw. § 7 SchKG hingewiesen. Ausdrücklich werden alle drei Methoden (medikamentös, chirurgisch mit örtlicher Betäubung, chirurgisch mit Vollnarkose) des Schwangerschaftsabbruchs auf Kostenübernahme oder für Privatzahlerinnen angeboten. Informiert wird über die Durchführung des Schwangerschaftsabbruchs in der Praxis, die erforderlichen Vorbereitungsmaßnahmen und über die Methode des medikamentösen Schwangerschaftsabbruchs und den chirurgischen Schwangerschaftsabbruch einschließlich der Entfernung des als solches definierten Schwangerschaftsgewebes. Aufgeklärt wird auch darüber, ob und welche Gründe gegen die medikamentöse Methode bestünden. Die Interessentinnen werden belehrt über Nebenwirkungen und Komplikationen und das Verhalten nach dem Abbruch. Beschrieben wird der Weg zur Praxis. Die erforderlichen Kontaktdaten werden nochmals mitgeteilt. Belehrt werden die Interessentinnen insbesondere darüber, was sie mitbringen müssten. Aufgelistet sind Beratungsbescheinigung über die nach § 219 StGB durchgeführte Beratung oder Indikation nach § 218 StGB*

*Blutgruppennachweis*

*Versichertenkarte*

*Kostenübernahmebescheinigung oder Bargeld*

*Überweisungsschein der Frauenärztin/des Frauenarztes. (...)“*

*Das Urteil ist hier abrufbar: [http://www.lareda.hessenrecht.hessen.de/lexsoft/default/hessenrecht\\_lareda.html#docid:8159242](http://www.lareda.hessenrecht.hessen.de/lexsoft/default/hessenrecht_lareda.html#docid:8159242)*

Da allgemein nicht in Rede steht, das Urteil folge einer abwegigen Interpretation des

Gesetzestextes, wird mit der zitierten Rechtsprechung deutlich, dass schlicht jedwede Information über Schwangerschaftsabbrüche vonseiten der ÄrztInnen und Krankenhäuser ein Verstoß gegen § 219a StGB ist.

Das strafrechtliche Informationsverbot betrifft damit alle FrauenärztInnen und Krankenhäuser, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Zudem betrifft es alle Bürgerinnen und Bürger, die sich über die Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen informieren möchten – und zwar dort, wo für sie ein Schwangerschaftsabbruch in Betracht kommt.

Die schnelle und breite Verfügbarkeit von Informationen im Internet ist heute weder im Beruf noch im Privaten wegzudenken und schafft eigene Informations- und Kommunikationswege und damit auch neue Erwartungshaltungen an Informationsdienste. Das betreffende Informationsverbot muss somit auch in diesem Kontext gesehen werden.

Ein Informationsverbot erkennt zudem die Bedeutung des freien Zugangs zu Informationen als Bedingung für den Willensbildungsprozess in einer aufgeklärten Gesellschaft. Im Zeichen von Aufklärung sollte der Schutz ungeborenen Lebens nicht auf ein strafrechtliches Informationsverbot zurückzuführen sein. Dies wird weder den betroffenen Frauen, noch dem Selbstverständnis von Ärztinnen und Ärzten gerecht. In diesem Sinne werden ÄrztInnen wie auch die betroffenen Frauen über § 219a StGB ein Stück weit entmündigt: Die Frauen mit Blick auf ihre Willensbildung; die ÄrztInnen hinsichtlich ihres identitätsbildenden Selbstverständnisses, über ihre beruflichen Leistungen informieren zu dürfen.

Informationen über berufliches Wirken sind untrennbar mit der betreffenden Tätigkeit verbunden. Beruf ist eine Form gesellschaftlicher Teilhabe und nicht zuletzt grundgesetzlich geschützt. Ein Informationsverbot über berufliche Tätigkeit stigmatisiert selbige und schränkt damit zwangsläufig auch gesellschaftliche Teilhabe ein – FrauenärztInnen müssen über das Informationsverbot des § 219a StGB eine Stigmatisierung und Kriminalisierung ihres beruflichen Wirkens erdulden und dies, obwohl ihre Leistungen unverzichtbar sind. Dies steht nicht im Einklang mit einem teilhabeorientierten Verständnis über das Wesen von Arbeit und Beruf. Verschärfend kommen seit der Verurteilung von Frau Hänel die gezielten Anzeigen gegen FrauenärztInnen hinzu.

Eine anhaltende Kriminalisierung von ÄrztInnen, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen und darüber informieren möchten, wird absehbar zu einem Mangel betreffender ärztlicher Versorgung führen. Das Informationsverbot des § 219a StGB steht damit perspektivisch für den Verlust ärztlicher Kompetenz und Qualifikation für Schwangerschaftsabbrüche. Beschleunigend mag hierbei der ohnehin gegebene und weiter wachsende ÄrztInnenmangel wirken. Dies ist die eigentliche Dimension, um die es heute bei § 219a StGB geht.

Insofern ist Eile geboten, eine Gesetzesänderung zu verabschieden, die das



benannte Werbeverbot aus dem § 219a StGB entfernt.

Mit dem zwischenzeitlich in der Koalition ausgehandelten Kompromiss sollte schnell Abhilfe geschaffen werden die flächendeckende Kriminalisierung von Ärztinnen zu beenden. Der Kompromiss im Wortlaut:

#### Vorschlag der Bundesregierung zur Verbesserung der Information und Versorgung in Schwangerschaftskonfliktlagen

Die Koalitionsfraktionen aus CDU, CSU und SPD haben die Bundesregierung aufgefordert zu beraten, inwieweit für die Bereitstellung von Information für Schwangere in Konfliktsituationen und das Verbot von Werbung für Schwangerschaftsabbrüche gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht und dafür Vorschläge zu unterbreiten.

Die Bundesregierung hat die Bundesminister Horst Seehofer, Katarina Barley, Jens Spahn, Franziska Giffey und Helge Braun damit beauftragt, einen gemeinsamen Vorschlag zu erarbeiten.

Zum Stand der Beratungen erklären die Minister am 12. Dezember 2018:

1. Frauen, die ungewollt schwanger werden, brauchen Hilfe und Unterstützung. Die Vermeidung und Bewältigung von Schwangerschaftskonflikten sowie der Schutz des ungeborenen Lebens sind unsere gemeinsamen Anliegen. Deshalb haben wir in Deutschland ein Verfahren etabliert, das auf Prävention, Aufklärung, Beratung und Hilfe setzt. Damit haben wir bereits viel erreicht. Dennoch ist die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche nach wie vor hoch. Deshalb wollen wir die konkreten Maßnahmen zur Vermeidung ungewollter Schwangerschaften und zur Bewältigung von Schwangerschaftskonflikten sowie zum Schutz des ungeborenen Lebens auf der Grundlage des bestehenden Rechts weiter ausbauen.
2. Neben der Beratung in den Beratungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz sind heute Informationen und Bewertungen unterschiedlichster Qualität auch über das Internet breit verfügbar. Angesichts der Sensibilität des Themas ist es nach unserer Auffassung geboten, dass neutrale, medizinisch und rechtlich qualitätsgesicherte Informationen auch von Seiten staatlicher oder staatlich beauftragter Stellen zur Verfügung stehen. Diesen Informationsauftrag wollen wir gesetzlich verankern.
3. Frauen, die sich letztlich für einen Schwangerschaftsabbruch entschieden haben, sollen einen Arzt oder eine medizinische Einrichtung finden können, in der sie den Eingriff vornehmen lassen können. Deshalb wollen wir die Bundesärztekammer und die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung mit der Aufgabe betrauen, für Betroffene entsprechende Kontaktinformationen zur Verfügung zu stellen, soweit die Ärztinnen und Ärzte sowie Krankenhäuser eingewilligt haben. Diesen Informationsauftrag wollen wir gesetzlich verankern.
4. Wir wollen mehr Rechtssicherheit für Ärztinnen und Ärzte sowie Krankenhäuser schaffen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Deshalb werden wir rechtlich ausformulieren, dass und wie Ärztinnen und Ärzte sowie Krankenhäuser über die Tatsache informieren können, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen und auf Informationen der unter 2 genannten Stellen hinweisen dürfen. Werbung für einen Schwangerschaftsabbruch darf es jedoch auch in Zukunft nicht geben. Deshalb werden wir das Verbot der Werbung für den Schwangerschaftsabbruch beibehalten.
5. Die Qualität der medizinischen Versorgung von Frauen muss auch im Falle von Schwan-

gerschaftsabbrüchen gewährleistet sein. Deshalb wollen wir Maßnahmen ergreifen, die zu einer Fortentwicklung der Qualifizierung in diesem Bereich beitragen. Zudem wollen wir in einer wissenschaftlichen Studie Informationen zur Häufigkeit und Ausprägung seelischer Folgen von Schwangerschaftsabbrüchen gewinnen.

Zur Umsetzung dieser Punkte werden wir im Januar 2019 eine Ergänzung des §219a Strafgesetzbuch sowie eine Änderung des §13 Schwangerschaftskonfliktgesetz vorschlagen sowie weitere konkrete Umsetzungsvorschläge für die genannten Maßnahmen unter-

Leider lässt der Kompromiss eine klare Aussage vermissen, ob damit eine Änderung des § 219a zugunsten der **individuellen Informationsfreiheit** seitens der ÄrztInnen und Krankenhäuser erfolgen wird. Aber eben dies gilt es zu erreichen.

Während der Kompromiss in den Punkten 2. und 3., wonach *„neutrale, medizinisch und rechtlich qualitätsgesicherte Informationen auch von Seiten staatlicher oder staatlich beauftragter Stellen zur Verfügung stehen“* (vgl. 2.) bzw.

man *„die Bundesärztekammer und die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung mit der Aufgabe betrauen (will), für Betroffene entsprechende Kontaktinformationen zur Verfügung zu stellen“* (vgl. 3.)

jeweils eine **gesetzliche Verankerung** vorsieht, geht es bei der Schaffung von Rechtssicherheit für Ärztinnen und Ärzte sowie Krankenhäuser lediglich um **rechtliches Ausformulieren** (vgl. 4.). Eine „gesetzliche Verankerung“ wird hier nicht genannt.

Mit der Streichung des Informationsverbotes könnte meines Erachtens durchaus ein Werbeverbot im Sinne eines Anpreisens, wie es durch das Berufsstandesrecht für Ärzte ohnehin ausgeschlossen ist, beibehalten werden. Hinweise und Informationen dürfen aber nicht länger Gegenstand von Strafbarkeit sein.

Im Ergebnis muss es darum gehen, gesetzlich klarzustellen, dass individuelles Informieren über Schwangerschaftsabbrüche, auch auf Websites, erlaubt ist. In diesem Sinne muss das benannte strafrechtliche Werbe– bzw. Informationsverbot über Schwangerschaftsabbrüche abgeschafft werden.

Die Diskussion um den § 219a zeigt große inhaltliche Differenzen zwischen den Koalitionspartnern, die zu einem demokratischen Lähmungsprozess führen können. Deswegen sollte sich die Koalition darauf verständigen, für die Entscheidung über § 219a StGB wechselnde Mehrheiten zuzulassen. Es gilt dabei auch Vertrauen in handlungsfähige Politik zu stärken.

## Arbeit und Soziales

### Zum 1. Januar 2019 treten vier Gesetze aus dem Bereich Arbeit und Soziales in Kraft

Ab dem 1. Januar haben ArbeitnehmerInnen aus Betrieben mit mehr als 45 Beschäftigten das Recht auf Teilzeit mit Rückkehr auf Vollzeit, sog. **Brückenteilzeit**. Über die weiteren Voraussetzungen vgl. meinen letzten Newsletter (vgl. Newsletter 3/2018, S. 5 f. [https://www.nina-scheer.de/images/newsletter/Nina%20Scheer\\_Newsletter%202018-N3.pdf](https://www.nina-scheer.de/images/newsletter/Nina%20Scheer_Newsletter%202018-N3.pdf)).

Mit Beginn des neuen Jahres tritt zudem das **Qualifizierungschancengesetz** in Kraft – fokussiert auf digitalisierungsbedingte Weiterbildung. Beschäftigte erhalten dadurch umfassende Weiterbildungsförderung durch die Bundesagentur für Arbeit, sowohl für Lehrgangskosten als auch in Form von Lohnkostenzuschüssen. Zudem werden ab dem 1. Januar 2019 die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um insgesamt 0,5 Prozentpunkte abgesenkt.

Auch für Menschen, die schon lange ohne Arbeit sind, wird es ab Neujahr 2019 deutliche Verbesserungen geben: Der flächendeckende **Soziale Arbeitsmarkt**, der mit dem **Teilhabechancengesetz** eingeführt wird, bietet Langzeitarbeitslosen neue und vor allem langfristige Chancen auf eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Mit insgesamt vier Milliarden Euro werden ab dem 1. Januar 2019 neben einem beschäftigungsbegleitenden Coaching für Arbeitgeber und Teilnehmende Lohnkostenzuschüsse an Arbeitgeber ermöglicht – und zwar bis zur Höhe des Tariflohns. Hierfür stehen bis zu 700 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich zur Verfügung. Ab 2019 können Jobcenter für die Förderung Langzeitarbeitsloser den sogenannten Passiv-Aktiv-Transfer nutzen. Dies ist ein Finanzierungsweg für öffentlich geförderte Beschäftigung. Mittel für "passive Leistungen", also für Arbeitslosengeld II und für die Kosten der Unterkunft und Heizung, die durch öffentlich geförderte Beschäftigung eingespart werden, sollen nicht an den Gesamthaushalt zurückfließen, sondern zusätzlich zur Finanzierung der geförderten Beschäftigung herangezogen werden.

Für weitere Informationen vgl. auch: <https://www.bmas.de/DE/Themen/Arbeitsmarkt/Arbeitsfoerderung/Fragen-und-Antworten-Teilhabechancen/faq-teilhabechancen-langzeitarbeitslose.html>)

Zum 1. Januar 2019 tritt auch der **Rentenpakt** einer gesetzlichen Beitragssatzgarantie von maximal 20 % und einem bis 2025 auf 48 % garantierten Rentenniveau in Kraft. Ab dem neuen Jahr werden zudem allen Eltern für vor 1992 geborene Kinder ein weiteres halbes Jahr Kindererziehung angerechnet. Für Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig in Rente gehen müssen, wird die Erwerbsminderungsrente weiter verbessert.



## Pflegepersonalstärkungsgesetz

Der Fachkräftebedarf in der Pflege und eine alternde Gesellschaft stellen uns vor große Herausforderungen.

In der Pflege scheiden derzeit mehr Kräfte aus als nachkommen. Daher fehlen in Deutschland bereits heute 50.000 bis 100.000 Pflegekräfte; nach Schätzungen kann sich der Mangel über die kommenden Jahre verfünffachen. Die hierdurch wachsende Mehrbelastung in den Pflegeeinrichtungen durch zu wenig vorhandenes Personal verschärft die Situation. Gemeinsam mit der SPD Börnsen hatte ich im Mai 2018 eingeladen, um mit meinem Fraktionskollegen Prof. Dr. Karl Lauterbach über die ‚Zukunft der Pflege‘ zu diskutieren. Auch hier wurde deutlich: Es besteht dringender Handlungsbedarf.



Am 11. November 2018 wurde im Bundestag das **Pflegepersonalstärkungsgesetz** verabschiedet, um die Situation in der Pflege für Pflegekräfte, Pflegebedürftige und ihre Angehörige zu verbessern. In der **Altenpflege** werden 13.000 zusätzliche Stellen von den Krankenkassen finanziert.

Der Bund stellt für die Jahre 2019 bis 2024 jährlich bis zu 100 Millionen Euro zur Verfügung, um Maßnahmen von ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Für die ambulante Pflege wurde die volle Anerkennung von Tarifen erreicht; tarifbedingte Personalkostensteigerungen werden von den Krankenkassen bezahlt.

Mit der Herausnahme der Pflegekosten aus den Fallpauschalen ab 2020 wird die Pflege aus dem Wettbewerb herausgenommen. Die Krankenhausvergütung wird auf eine Kombination von Fallpauschalen und Pflegepersonalvergütung umgestellt.

Pflegeeinrichtungen und -dienste, die Kinderbetreuungsangebote schaffen, welche auf die besonderen Arbeitszeiten von Pflegekräften ausgerichtet sind, erhalten eine gesonderte Förderung.

Das Pflegepersonalstärkungsgesetz sieht auch in der **Krankenhaus-Pflege** eine Verbesserung hinsichtlich der Personalausstattung vor. Jede zusätzliche und jede aufgestockte Pflegestelle am Bett wird vollständig refinanziert. Hierfür gibt es keinen Deckel, daher wird mit einer deutlichen Personalaufstockung gerechnet.

Für Krankenhäuser wird der Strukturfonds für weitere vier Jahre bis 2022 fortgesetzt. Jährlich werden 500 Millionen Euro für strukturverbessernde Vorhaben aus dem Gesundheitsfonds zur Verfügung gestellt. Anstelle des Pflegezuschlags werden 200 Millionen Euro in die Landesbasisfallwerte überführt und kommen damit allen Krankenhäusern zugute. Weitere 50 Millionen Euro werden für die Förderung von bedarfsnotwendigen Krankenhäusern in ländlichen Regionen bereitgestellt.

Künftig werden auch bei der Honorierung der häuslichen Krankenpflege Tariflöhne von den Krankenkassen anerkannt und bezahlt; auch dies konnte die SPD durchsetzen. Fahrtkosten für ambulante Behandlungen für pflegebedürftige oder PatientInnen mit Behinderungen gelten generell als genehmigt. Es entfällt das langwierige Genehmigungsverfahren.

Pflegende Angehörige können künftig nach ärztlicher Verordnung eine stationäre Rehabilitation in Anspruch nehmen. Der oder die zu Pflegende kann entweder in der Rehaklinik betreut werden oder die Krankenkasse muss für die Zeit des Aufenthalts eine Versorgung koordinieren.

Krankenkassen übernehmen künftig die vollständigen Kosten für das erste Ausbildungsjahr von Pflegekräften in der (Kinder-)Krankenpflege und Krankenpflegehilfe.

Der Krankenhausstrukturfonds wird fortgeführt und für Universitätskliniken geöffnet, wenn sie mit anderen Kliniken kooperieren.

## **Betäubungslose Ferkelkastration**

### **Über Tierschutz im Kontext transnationaler Landwirtschaft**

Am Donnerstag, den 29. November 2018 beschloss der Deutsche Bundestag in namentlicher Abstimmung das ‚Vierte Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes‘ – und damit über eine zweijährige Verlängerung der betäubungslosen Ferkelkastration an männlichen Ferkeln unter acht Wochen. Im Übrigen war und ist die betäubungslose Ferkelkastration bereits verboten. Die Entscheidung der Fristverlängerung tangiert dabei auch grundsätzliche Fragen:

- Welche Maßnahmen sind auf nationaler Ebene zu ergreifen, wenn es sich um transnationale bzw. internationale Märkte handelt?
- Welchen Stellenwert hat Tierschutz, wenn er zur Verteuerung von Lebensmitteln führt?
- Welche (politische) Lenkungswirkung geht von Großschlachtereien aus?

Die Fristverlängerung ist nicht Bestandteil des Koalitionsvertrages. Im Vorfeld hatte ich dafür geworben, einer Fristverlängerung von Seiten der SPD-Bundestagsfraktion nicht zuzustimmen und meine Positionierung zuletzt auch in Form einer Persönlichen Erklärung nach § 31 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages verfasst, auf die ich im Folgenden zur Darlegung der

gegenständlichen Diskussion sowie der Argumente verweise.

**Persönliche Erklärung der Abgeordneten Dr. Nina Scheer zum Abstimmungsverhalten nach § 31 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages zum TOP 11: 2./3. Les. CDU/CSU und SPD-Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes (Drucksachennummer 19/5522)**

Den Entschließungsantrag sehe ich mit den von Seiten der SPD hineinverhandelten Punkten insgesamt als einen Gewinn für den Tierschutz (*ergänzende Anmerkung: Die im Entschließungsantrag erklärten Maßnahmen bedürfen zunächst einer ministeriellen bzw. behördlichen Umsetzung, die ohne Gesetzesregelung bzw. über den Entschließungsantrag selbst nicht erzwingbar ist*).

Zu einer anderen Einschätzung gelange ich in Bezug auf die Änderung des Tierschutzgesetzes. Der Entscheidung für eine tierschutzgesetzliche Fristverlängerung zur betäubungslosen Ferkelkastration werde ich aus den folgenden Gründen nicht zustimmen:

Sicher lassen sich die Fehler der Vergangenheit, wonach es das CSU-geführte Bundeslandwirtschaftsministerium unterlassen hat für Rahmenbedingungen zu sorgen, die in der Ferkelaufzucht tierschutzgerechte Alternativen zulassen, nicht korrigieren.

Meines Erachtens trifft dies aber eigentlich nicht den Kern der bevorstehenden Fragestellung, die doch lauten muss, ob eine Fristverlängerung der betäubungslosen Ferkelkastration notwendig ist.

Wir haben in den letzten Wochen über die verschiedenen Varianten der Ferkelkastration diskutiert: sowohl über die lokale Betäubung (Spritze), die Narkose mit dem Mittel Isofluran (Inhalationsnarkose) unter Verwendung von Masken als auch über den Weg ohne chirurgischen Eingriff, die Immunokastration. Auch die Ebermast kann ein Weg sein, schließlich entwickeln nur wenige Prozente der Schweine den sogenannten Ebergeruch und -geschmack. Und selbst dies muss einer Verwertung des Fleisches nicht im Wege stehen. Sicher bringt die Ebermast eigene Anforderungen in der Tierhaltung, um zu verhindern, dass sich die Eber nicht gegenseitig verletzen. Letztlich ist dies aber eine Anforderung, die mit der Schweinezucht einhergehen muss.

Während Isofluran erst seit wenigen Tagen zum Zweck der Ferkelkastration allgemein zugelassen ist und die Landwirte heute in der Breite auch noch nicht über die erforderlichen Apparaturen verfügen, ist die Immunokastration bereits im Einsatz, etwa in Biobetrieben. Es gibt hier offenbar keine Lieferengpässe; sie wird auch in anderen Ländern schon praktiziert und die Landwirte können diese in zwei Schritten erfolgende Behandlung selbst vornehmen, wenngleich mit Schulung. Die Sachverständigen haben dieses Verfahren im Rahmen der Öffentlichen Anhörung für sich genommen nicht in Frage gestellt und teilweise klar favorisiert. Einige wandten

nur ein, dass immunokastrierte Schweine, ebenso wie Schweine aus der Ebermast (ohne Kastration), von Großschlachtereien und Groß-Fleischverarbeitern nicht angenommen würden.

Fakt ist aber auch – und dies blieb in der Anhörung ebenfalls unbestritten, dass es Länder gibt, die gänzlich auf Kastrationen verzichten und dennoch sogar zu Ferkel- bzw. Fleisch-Exporteuren zählen, so etwa Spanien.

Ein weiteres Argument war die Verdrängung der hiesigen Ferkelaufzucht durch ausländische Ferkelzüchter, die dem deutschen Tierschutzstandard nicht entsprechen – etwa aus Dänemark. Sicher kann ein Verdrängungswettbewerb nicht gänzlich ausgeschlossen werden.

Zum einen wird es aber sicher zu keiner kompletten Verdrängung kommen. Denn wie gesehen, entwickelt nur ein kleiner Teil der Ferkel den Ebergeruch. Es geht also hierbei nicht um die wirtschaftliche Existenz der gesamten Schweinezüchter bzw. der gesamten Branche und erst recht nicht derer, die bereits auf die betäubungsfreie Kastration verzichten. Sondern es geht insbesondere um Gewinneinbußen im Umfang von im Rahmen der Anhörung erwähnten 6 % des Umsatzes. Diese müssen ins Verhältnis zum Tierschutz gesetzt werden. Allein daraus folgt meines Erachtens, dass keine Notwendigkeit für eine Fristverlängerung gegeben ist, die einen solch schwerwiegenden Eingriff in Tierschutzbelange rechtfertigen könnte.

Zum anderen sollte die Existenz niedriger Standards nicht der Taktgeber für rechtliche Rahmenbedingungen sein. Andernfalls würde man sich einem Standard-Dumping aussetzen. Ferner besteht die Möglichkeit über Tierschutzlabel bzw. Tierwohllabel auf die Schmerzfreiheit einer Kastration oder Nicht-Kastration hinzuweisen und die VerbraucherInnen hiermit „einzubinden“. Auf diesem Weg würde ein lenkendes Signal – auch – an Schlachtereien gesendet, ihre verweigernde Haltung bei der Abnahme von immunokastrierten Schweinen aufzugeben. Letzteres setzt aber voraus, dass es eine rechtlich verbindliche Grundlage gibt: das Verbot der betäubungsfreien Ferkelkastration, wie es heute bereits im Grundsatz gilt und in Bezug auf die unter acht Wochen alten Ferkel nach der heutigen Rechtslage auch ab dem 1. Januar 2019 gelten wird. Diese Rechtslage sollte nicht verändert werden. Die genannten Alternativen könnten auf diesem Weg in Deutschland eine neue Bedeutung erlangen.

Eine Fristverlängerung bestätigt hingegen die bisherige Praxis und nimmt von Großschlachtereien den Druck, ihre Verweigerungshaltung gegenüber immunokastrierten- und Ebermast-Schweinen aufzugeben. Die bisher eingeräumte und befristete Ausnahme vom Verbot der betäubungsfreien Ferkelkastration muss zudem im Lichte von Art. 20a GG gesehen werden. Dies gilt auch in Bezug auf die diskutierte Sorge, mit einem vollständigen Verbot ab dem 1.1.2019 könnten massenweise Ferkel-Transporte ins Ausland (etwa nach Polen) rein zum Zweck der betäubungsfreien Kastration angeregt werden. Wenn dies sich abzeichnet, muss Politik

eben hierauf reagieren, sollte hingegen nicht aus Sorge vor entsprechenden Effekten auf eine klare tierschutzgerechte Rechtslage verzichten. Andernfalls gibt man sich einem Standard-Dumping hin.

Nicht zuletzt stellt die Fristverlängerung auch eine Vertrauensverletzung für Landwirte und Schlachtereien dar, die sich bereits frühzeitig auf das Auslaufen der Frist zum 31.12.2018 eingestellt hatten und bereits auf Alternativen umgestiegen sind – trotz entsprechender wirtschaftlicher Einbußen.

Die Union und von ihr benannte Sachverständige lassen bereits heute erkennen, dass sie Vorbehalte gegenüber Isofluran haben – dies war auch den betreffenden Erläuterungen von Sachverständigen im Rahmen der Öffentlichen Anhörung zu entnehmen. Eine Landwirtin und Einzelsachverständige erklärte, in ihrem Betrieb aus Gründen des ArbeitnehmerInnenschutzes Isofluran nicht anwenden zu wollen. Mit dem hierbei in Rede stehenden vierten Weg (lokale Betäubung), wird aber offenkundig zugleich eine Änderung des Tierschutzgesetzes hinsichtlich des zulässigen Schmerzes verfolgt – weg von der Schmerzfreiheit. Diesen Weg haben die SPD-FachpolitikerInnen für uns richtigerweise schon klar ausgeschlossen. Auch im Lichte von Art. 20a GG muss eine Änderung des Schmerzbegriffes ausgeschlossen bleiben.

Gesetze haben auch eine legitimierende Ausstrahlungswirkung. Es darf nicht länger als opportun gelten, die tierschutzrechtliche Schmerzfreiheit aus wirtschaftlichen Gründen „auszusetzen“. Die Beseitigung der rechtlichen Erlaubnis der betäubungsfreien Ferkelkastration kann und muss offensiv auch an den Großhandel gerichtet werden. Erst und nur dann ist auch hier mit einer sich ändernden Haltung gegenüber immunokastrierten- oder Ebermast-Schweinen zu rechnen. Eine solche Ausstrahlungswirkung und veränderte Haltung kann allerdings aktuell nicht eintreten, wenn die Frist für die betäubungslose Ferkelkastration verlängert und diese damit weiterhin legitimiert wird.

Wir brauchen eine gesetzliche „Ächtung“ der betäubungslosen Ferkelkastration, statt deren gesetzlich fortgesetzte Legitimation. Daher stimme ich bei dem Entwurf des Vierten Gesetzes zur Änderung des Tierschutzgesetzes mit nein.

Dr. Nina Scheer, MdB  
Berlin, 29. November 2018

Vgl. auch: <https://www.nina-scheer.de/images/2018/2018-11-29-Nina%20Scheer-Erklrung%2031%20GO-Ferkelkastration.pdf>

## **Bundeshaushalt 2019**

Bereits im letzten Newsletter hatte ich den Haushalt thematisiert.

Im Folgenden werden nun weitere Bereiche des zwischenzeitlich verabschiedeten Bundeshaushaltes 2019 genannt – insbesondere für die kommunale Perspektive. Der Gesamthaushalt 2019 umfasst 356,4 Milliarden Euro.



### **Städtebauförderung**

Die Städtebauförderung wird auf dem Rekordniveau von 790 Millionen Euro in Form direkter Zuweisungen an die Länder fortgeführt. Hinzu kommen weitere 200 Millionen Euro für den Investitionspakt „Soziale Integration im Quartier“. Für das erfolgreiche Förderprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ wird eine vierte Fördertranche mit 100 Millionen Euro aufgelegt. Dafür werden den Kommunen 167,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

### **Soziale Wohnraumförderung, Wohngeld und Baukindergeld**

Die Kompensationszahlungen für die soziale Wohnraumförderung drohten nach dem Finanzplan von 1,518 Milliarden Euro auf 1,018 Milliarden Euro abzusinken. Hier ist es gelungen, diese nochmals um 500 Millionen Euro aufzustocken, so dass die Förderung 2019 mit 1,518 Milliarden Euro auf dem Rekordniveau der Jahre 2017 und 2018 fortgesetzt werden kann. Um Wohnungsknappheit und steigenden Mieten besser entgegenzuwirken, soll außerdem das Grundgesetz geändert werden. Die Änderung des Artikels 104d GG ist ein klares Bekenntnis für mehr bezahlbaren Wohnraum. Sie erlaubt es dem Bund die Länder zu unterstützen und ihnen Finanzhilfen für den sozialen Wohnungsbau zu gewähren. Hierfür investiert der Bund in dieser Wahlperiode 5 Milliarden Euro. Ohne die Grundgesetzänderung würde die Unterstützung des Bundes 2019 auslaufen (Vgl. zur GG-Änderungen auch die noch folgenden Aufführungen).

Zur Stärkung der Wohneigentumsbildung wurde ein Baukindergeld beschlossen um Familien mit Kindern bei der Gewinnung von selbstgenutztem Wohneigentum zu unterstützen.



Seit dem 18. September können bei der KfW Anträge gestellt werden. Als Programmlaufzeit wurden die Jahre 2018 bis 2020 festgelegt. Der Mittelbedarf beträgt insgesamt 3,3 Milliarden Euro pro Förderjahrgang.

### **Fortsetzung der Kommunalentlastung**

Die Integrationspauschale bleibt in vollem Umfang erhalten. Im Rahmen der Umsatzsteuerverteilung stellt der Bund den Ländern zu ihrer Entlastung eine jährliche Integrationspauschale zur Verfügung. Diese belief sich in den Jahren 2016 bis 2018 auf jeweils zwei Milliarden Euro. Sie wird für 2019 durch eine einmalige Zuweisung um 435 Millionen Euro für flüchtlingsbezogene Bedarfe im Bereich der Kinderbetreuung auf fast 2,5 Milliarden Euro aufgestockt.

Des Weiteren führt der Bund die vollständige Entlastung der Kommunen von Kosten der Unterkunft und Heizung für anerkannte Asyl- und Schutzberechtigte um ein Jahr fort. Dadurch stehen den Kommunen für das Jahr 2019 insgesamt 1,8 Milliarden Euro mehr zur Verfügung. Der Beitrag der Länder zur Abfinanzierung des Fonds Deutsche Einheit (FDE) wird aufgrund der günstigen Zinsentwicklung bereits zum Ende des Jahres 2018 entfallen. Damit entfällt ab dem Jahr 2019 auch die sachliche Grundlage für den Teil der Gewerbesteuererinnahme, über den die westdeutschen Gemeinden an den FDE-Finanzierungskosten ihrer Länder beteiligt sind. Die Größenordnung beläuft sich auf über 500 Millionen Euro.

### **Stärkung der Integrationsarbeit, Freiwilligendienste und Demokratieförderung**

Mit dem Haushalt 2019 wurde die Förderung der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) als wesentliches Beratungsangebot für Integration auf 70,7 Millionen Euro erhöht. Damit wurde das Budget seit 2014 beinahe verdreifacht.

Wichtige Arbeit bei der Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund leisten die Jugendmigrationsdienste seit vielen Jahren. Zur Unterstützung dieser vielschichtigen Angebote konnte die SPD-Bundestagsfraktion in den Beratungen zum Haushalt 2019 ein Absinken der Mittel verhindern. Die Mittel für die Jugendmigrationsdienste in Höhe von 71 Millionen Euro bleiben auf dem Niveau von 2018.

Die Mittel für die Mehrgenerationenhäuser in Höhe von 17,5 Millionen Euro bleiben stabil auf dem Niveau von 2018.

Auch für die Integrationskurse werden mehr Mittel zur Verfügung gestellt, sie wurden um 52 Millionen Euro auf nunmehr 720 Millionen Euro erhöht. Damit wird vor allem auf die gestiegene Nachfrage nach Spezialkursen, insbesondere bei Alphabetisierungs- und Zweitschriftenlernkursen, reagiert.

Die Jugendfreiwilligendienste unterstützt der Bund im Jahr 2019 mit rund 121 Millionen Euro. Für den Bundesfreiwilligendienst sind insgesamt rund 207 Millionen Euro in den Bundeshaushalt eingestellt. "Demokratie leben" ist das einzige

Bundesprogramm, das Präventionsarbeit gegen alle Formen des Extremismus leistet. Diese wichtige nachhaltige Präventionsarbeit wird mit rund 115 Millionen Euro abgesichert.

### **Stärkung der Feuerwehren**

Für die nächsten vier Jahre (2019 bis 2022) wird ein Fahrzeugprogramm mit 100 Millionen Euro für 1.000 neue Fahrzeuge auflegt. Für das Fahrzeugbeschaffungsprogramm für den sogenannten ergänzenden Katastrophenschutz werden 4 x 25 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig werden mit dem Haushalt 2019 fast 60 neue Stellen beim Beschaffungsamt eingerichtet, damit die Fahrzeuge möglichst schnell dort ankommen können, wo sie gebraucht werden.

### **Aktionsprogramm gegen Gewalt an Frauen**

Das Aktionsprogramm gegen Gewalt an Frauen erhält in den kommenden drei Jahren jährlich 5 Millionen Euro. Ziel ist der Ausbau und die finanzielle Absicherung der Arbeit von Frauenhäusern und ambulanten Hilfs- und Betreuungseinrichtungen. Mit dem Aktionsprogramm gegen Gewalt an Frauen will der Bund einen Beitrag zur Schließung von Lücken im Versorgungssystem leisten. Für 2019 gibt es zusätzlich 1 Million Euro für ein digitales Netzwerk zur Vermittlung von Frauenhausplätzen.

### **Infrastruktur und Digitalisierung**

Die finanzielle Belastung, die bei U-Bahn-Tunneln oder vergleichbar umfangreichen Maßnahmen den Kommunen entsteht, wird oftmals nicht aus eigener Kraft zu bewältigen sein. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich seit Jahren für eine deutliche Erhöhung der Gemeindefinanzierungsgesetz-Mittel ein und konnte sich damit im Koalitionsvertrag durchsetzen.

Zwar sind im Haushalt 2018 und 2019 die Mittel weiterhin pro Jahr mit 332,56 Millionen Euro veranschlagt. In 2020 sollen die Mittel dann aber um 232,56 Millionen Euro bzw. in 2021 um 667,433 Millionen Euro aufgestockt werden. Im Jahr 2021 stehen daher 1 Milliarde Euro zur Verfügung. Dieses hohe Niveau von 1 Milliarde Euro soll in 2022 fortgeführt werden.

Für die Barrierefreiheit von Bahnhöfen stellt der Bund 330 Millionen Euro bis 2026 zur Verfügung. Damit kann die bauliche Umsetzung des im Zukunftsinvestitionsprogramm angelegten Planungsvorrates von 118 Verkehrsstationen erfolgen.

Der Bund wird mit dem Bundeshaushalt 2019 für den Breitbandausbau zusätzlich rd. 4,1 Milliarden Euro bereitstellen. Damit soll der flächendeckende Gigabitausbau in Deutschland vorangetrieben werden. Geplant ist insbesondere, in den nächsten Jahren 32.000 Schulen, 7.000 Gewerbegebiete und über 1.700 Krankenhäuser an das Glasfasernetz anzuschließen.

## Klimaschutz

In vielen deutschen Städten drohen wegen der Überschreitung von gesetzlich festgelegten Grenzwerten für Stickoxid gerichtlich angeordnete Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge, weil diese besonders viele Stickoxide ausstoßen. Mit dem Sofortprogramm „Saubere Luft 2017–2020“ sollen besonders belastete Städte und Kommunen bei der Umstellung auf alternative und emissionsarme Antriebe und mehr Infrastruktur für die Elektromobilität unterstützt werden. Auch nach 2020 soll das Sofortprogramm fortgeführt werden; hierfür werden insgesamt weitere 500 Millionen Euro ab 2020 zur Verfügung gestellt.

Für Hardwarenachrüstungen bei Dieselmotoren des ÖPNV und bei Handwerkerfahrzeugen werden jeweils rund 220 Millionen Euro bereitgestellt.

Um einen Beitrag zur Reduktion von Luftschadstoffen zu leisten, wurden außerdem neue Titel zur Förderung von Modellvorhaben des Radverkehrs (20 Millionen Euro Barmittel und 2 Millionen Euro Verpflichtungsermächtigung) sowie zur Erstellung städtischer Logistikkonzepte (5 Millionen Euro Barmittel und 5,6 Millionen Euro Verpflichtungsermächtigung) veranschlagt.

## Gute-Kita-Gesetz

Das **Gute-Kita-Gesetz** steigert die Qualität der Kindertagesbetreuung und sorgt dafür, dass mehr Eltern von einer gebührenfreien Kita profitieren können. Der Bund unterstützt die Bundesländer und Kommunen mit insgesamt 5,5 Milliarden Euro bis zum Jahr 2022 bei der Steigerung der Qualität und der schrittweisen Gebührenfreiheit.

Mehr Qualität geht nur mit mehr gut ausgebildetem Personal. Um mehr Erzieherinnen und Erzieher für Kitas und Horte zu gewinnen, erhält die **Fachkräfteoffensive** 40 Millionen Euro.

Ein weiterer wichtiger Baustein ist die Fortsetzung des **Bundesprogramms Kita-Plus**, das Ende 2018 ausgelaufen wäre. Stattdessen werden 2019 nun 16 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, damit die Einrichtungen, die bereits an dem Programm teilnehmen, ihre Arbeit fortsetzen können.

## Grundgesetzänderung

### Zur weiteren Abschaffung des Kooperationsverbots

Als Ergebnis der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen im letzten Jahr ist die Verantwortung des Bundes gestiegen. Er muss an Stelle der finanzstarken Länder künftig stärker die strukturellen Unterschiede ausgleichen. Zukünftig soll es deshalb für den Bund einfacher werden, die Länder bei der Finanzierung von Investitionsvorhaben in den Bereichen Bildung, sozialer Wohnungsbau und ÖPNV-Verkehrsinfrastruktur zu unterstützen.

Die betreffenden Grundgesetzänderungen können der folgenden Synopse entnommen werden:

Aktuelle Rechtslage	Gesetzentwurf	Parlamentarisches Verfahren
<p><b>Art. 104b Abs. 2 GG</b></p> <p>(...)</p> <p>5Die Mittel sind befristet zu gewähren und hinsichtlich ihrer Verwendung in regelmäßigen Zeitabständen zu überprüfen.</p> <p>6Die Finanzhilfen sind im Zeitablauf mit fallenden Jahresbeträgen zu gestalten.</p>		<p><b>Art. 104b Abs. 2 GG</b></p> <p>(...)</p> <p>5Die Mittel des Bundes <b>sind in jeweils mindestens gleicher Höhe durch Landesmittel für den entsprechenden Investitionsbereich zu ergänzen</b>; sie sind befristet zu gewähren und hinsichtlich ihrer Verwendung in regelmäßigen Zeitabständen zu überprüfen. 6Die Finanzhilfen sind im Zeitablauf mit fallenden Jahresbeträgen zu gestalten.</p>
<p><b>Art. 104c S. 1 GG</b></p> <p>Der Bund kann den Ländern Finanzhilfen für gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen der finanzschwachen Gemeinden (Gemeindeverbände) im Bereich der kommunalen Bildungsinfrastruktur gewähren. Artikel 104b Absatz 2 und 3 gilt entsprechend.</p>	<p><b>Art. 104c S. 1 GG</b></p> <p>Der Bund kann den Ländern Finanzhilfen für gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen der Länder und <del>finanzschwachen</del> Gemeinden (Gemeindeverbände) im Bereich der kommunalen Bildungsinfrastruktur gewähren. Artikel 104b Absatz 2 und 3 gilt entsprechend.</p>	<p><b>Art. 104c S. 1 GG</b></p> <p>Der Bund kann den Ländern <b>zur Sicherstellung der Qualität und der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens</b> Finanzhilfen für gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen <b>sowie mit diesen verbundene besondere unmittelbare Kosten</b> der <b>Länder</b> und <del>finanzschwachen</del> Gemeinden (Gemeindeverbände) im Bereich der kommunalen Bildungsinfrastruktur gewähren. Artikel 104b Absatz 2 Satz 1 bis 5 und Absatz 3 gilt entsprechend.</p>
<p><i>Bisher keine Regelung Art. 104d GG</i></p>	<p><b>Artikel 104d GG (neu)</b></p> <p><b>Der Bund kann den Ländern Finanzhilfen für gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) im Bereich des sozialen Wohnungsbaus gewähren. Artikel 104b Absatz 2 Satz 1 bis 4 und Absatz 3 gilt entsprechend.</b></p>	<p><b>Art. 104d GG (neu)</b></p> <p>Der Bund kann den Ländern Finanzhilfen für gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) im Bereich des sozialen Wohnungsbaus gewähren. Artikel 104b Absatz 2 Satz 1 bis <b>Satz 5 erster Halbsatz</b> und Absatz 3 gilt entsprechend.</p>
<p><b>Art. 125c Abs. 2 S. 3 GG</b></p> <p>Eine Änderung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes durch Bundesgesetz ist ab dem 1. Januar 2025 zulässig.</p>	<p><b>Art. 125c Abs. 2 S. 3 GG</b></p> <p>Eine Änderung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes durch Bundesgesetz ist <del>ab dem 1. Januar 2025</del> zulässig. <b>Artikel 104b Absatz 2 Satz 4 gilt entsprechend.</b></p>	<p><i>unverändert</i></p>

Aktuelle Rechtslage	Gesetzentwurf	Parlamentarisches Verfahren
Bisher keine Regelung Art. 125c Abs. 3 GG	Bisher keine Regelung	Art. 125c Abs. 3 GG (neu)  Artikel 104b Absatz 2 Satz 5 erster Halbsatz ist erstmals auf nach dem 31. Dezember 2019 in Kraft getretene Regelungen anzuwenden.
Bisher keine Regelung Art. 143e Abs. 3 GG	Art. 143e Abs. 3 GG (neu)  Durch Bundesgesetz mit Zustimmung des Bundesrates kann geregelt werden, dass ein Land auf Antrag die Aufgabe der Planfeststellung und Plan genehmigung für den Bau und für die Änderung von Bundesautobahnen und von sonstigen Bundesstraßen des Fernverkehrs, die der Bund nach Artikel 90 Absatz 4 oder Artikel 143e Absatz 2 in Bundesverwaltung übernommen hat, im Auftrage des Bundes übernimmt und unter welchen Voraussetzungen eine Rückübertragung erfolgen kann.	unverändert

Mit der vom Bundestag beschlossenen Änderung des Artikels 104c GG soll der Bund künftig nicht nur in „finanzschwachen“ Kommunen in die Bildungsinfrastruktur investieren, sondern in allen Kommunen. Damit wird das Kooperationsverbot weiter aufgebrochen. Das war der SPD seit Jahren ein wichtiges Anliegen. Auf dieser Grundlage kann der Bund für alle Schulen in Deutschland in die digitale Ausstattung investieren. Auch Schulungen des Personals können für die gesamte Dauer der Investition mit Bundesmitteln finanziert werden.

Zudem soll der Bund weitergehend in sozialen Wohnungsbau investieren können. Ein neuer Artikel 104d GG ermöglicht es dem Bund, den Ländern dauerhaft und unbefristet Finanzhilfen für gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen im Bereich des sozialen Wohnungsbaus zu gewähren.

Geregelt wird des Weiteren, dass der Bund seine Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr erhöhen kann; mit der Änderung des Artikels 125c GG kann das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz bereits vor dem 1. Januar 2025 geändert werden.

So können die Investitionshilfen des Bundes für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden schon ab 2020 steigen und ab 2021 dann bei 1 Milliarde Euro liegen.

Darüber hinaus soll die Vorgabe, wonach bundesseitig nur ÖPNV-Infrastrukturprojekte auf besonderem Bahnkörper finanziert werden dürfen, gelockert werden. Durch eine Ausdifferenzierung von Fördertatbeständen sollen künftig auch Vorhaben unter der bisherigen Projektmindestgröße von 50 Millionen Euro förderfähig werden. Es bleibt aber dabei, dass die Bundesmittel ausschließlich für Neu- und Ausbaumaßnahmen eingesetzt werden.

In Artikel 143e GG soll eine bereits 2017 im Zuge des Beschlusses über die Gründung der Infrastrukturgesellschaft Autobahnen und weitere Bundesstraßen einfachgesetzlich geregelte Öffnungsklausel im Bereich der Bundesfernstraßenverwaltung hinsichtlich Planfeststellung und Plangenehmigung im Grundgesetz abgesichert werden. Dies hatte der Bundespräsident bei der Ausfertigung des entsprechenden Gesetzes angemahnt.

Durch eine entsprechende Einigung der Fraktionsvorsitzenden kam im parlamentarischen Verfahren eine Ergänzung in Artikel 104b Absatz 2 Satz 5 erster Halbsatz GG hinzu, die besagt, dass die Länder mindestens die Hälfte der öffentlichen Investitionen in dem von der Finanzhilfe erfassten Investitionsbereich selbst tragen müssen, vgl. dort die Passagen in blauer Schrift.

**Eben diese zuletzt genannte Einigung fand allerdings keine Zustimmung von Seiten des Bundesrates**, der die Grundgesetzänderung in der vom Bundestag beschlossenen Form folglich ablehnte, da die Länder die länderseitigen Eigenanteil als einen Eingriff in die Länderhoheit ansehen.

Infolgedessen (Dezember 2018) wurde der Vermittlungsausschuss angerufen. Damit können nun auch die bereits zum 1. Januar 2019 geplanten Investitionsförderungen zunächst nicht anlaufen.

## **Energiesammelgesetz**

Mit dem am Freitag, den 30. November 2018 im Deutschen Bundestag verabschiedeten Energiesammelgesetzes werden **Sonderausschreibungen** von je 4 Gigawatt Wind und Solarenergie auf den Weg gebracht.

Zuletzt wurde das Vorhaben von Seiten des Bundeswirtschafts- und Energieministeriums und Bundesminister Peter Altmaier über Monate verschleppt, womit die für 2019 vorgesehenen Maßnahmen nun kaum noch realisierbar sind. Zugleich wurden von Seiten CDU/CSU mit dem Gesetzentwurf verschiedene Gesetzesänderungen vorgelegt, mit denen die Energiewende weitere Hemmnisse erfährt. Zu diesen zählt etwa eine ursprünglich zum 1. Januar 2019 vorgesehene Sonderdegression bzw. **Herabsetzung der Einspeisevergütung** um 20 % für



Anlagen zwischen 40 und 750 kWp. Die SPD-Fraktion hält eine solche Regelung weder sachlich noch zeitlich für verhandelbar und erwirkte, dass die Degression nun stufenweise gestreckt bis zum 1. April 2019 verschoben wird und gestuft geringer ausfällt. Dennoch bleibt es ein der Energiewende schadender und Arbeitsplätze riskierender Einschnitt, der auch sachlich nicht begründet ist. Schließlich sieht bereits die bisherige Regelung über den sogenannten atmenden Deckel eine auf den realen Ausbau reagierende Vergütungssatz-Anpassung vor, um Überförderungen zu vermeiden.

Der von Bundesminister Peter Altmaier vorgelegte Entwurf ließ zudem konkretere Maßnahmen zur Erreichung des **65 %-Ziels** vermissen, um bis 2030 einen entsprechenden Ausbau Erneuerbarer Energien im Stromsektor zu erreichen. Der Koalitionspartner verspernte sich, hier nachzubessern.



Die mit dem Energiesammelgesetz verabschiedeten Gesetzesänderungen zeigen einmal mehr, dass sich hinter dem gemeinsam erklärten Ziel der Energiewende auch entgegenwirkende Kräfte verbergen. Es ist schwer verständlich, dass CDU/CSU bis heute auf den verschiedensten Wegen versuchen, den Umstieg auf Erneuerbare Energien sowie den hiermit einhergehenden Strukturwandel zu hemmen und zu blockieren. So werden tausende junge und künftig zu schaffende Arbeitsplätze sowie Technologieführerschaften gefährdet, etwa im Bereich der Anwendung von regenerativ gespeisten Wasserstofftechnologien. Es reicht nicht, Forschung zu fördern, wenn die Anwendung ausgebremst wird.

Vgl. auch Pressemitteilung: Appell aus der Sozialdemokratie für eine beschleunigte Energiewende mit Kohleausstieg bis 2030 <https://www.nina-scheer.de/zur-sache/pm/762-appell-aus-der-sozialdemokratie-fuer-eine-beschleunigte-energiewende-mit-kohleausstieg-bis-2030.html>

und Pressemitteilung: Von Bundesminister Altmaier vorgelegte Einigung zu Sonderausschreibungen ist nicht akzeptabel <https://www.nina-scheer.de/zur-sache/pm/759-scheer-von-bundesminister-altmaier-vorgelegte-einigung-zu-sonderausschreibungen-ist-nicht-akzeptabel.html>

## **Sozialdemokratischer Energiewende-Appell**

Auf einer Online-Plattform mit dem Titel „**Sozialdemokratischer Energiewende-Appell**“ ([www.energiewende-appell.de](http://www.energiewende-appell.de)) melden sich bundesweit Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit Aussagen über eine zu beschleunigende Energiewende, die Schaffung von zukunftsfesten Arbeitsplätzen und den Ausstieg aus der Kohle bis 2030 zu Wort. Unter den fachpolitischen ErstunterzeichnerInnen befinden sich sowohl Bundestagsabgeordnete, Landtagsabgeordnete, wie etwa Natascha Kohnen, Landes-Energieminster Christian Pegel, als auch ehemalige Minister bzw. Bundestagsabgeordnete, unter ihnen auch Erhard Eppler, Ernst-Ulrich von Weizsäcker und Monika Griefahn.

Aus der Wissenschaft zeichnet etwa auch Prof. Kai Niebert den Appell, zugleich Präsident des Deutschen Naturschutzrings. Ferner zählen mit klima- und energiepolitischen Fragen aktiv befasste SPD-Mitglieder zu den Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern, darunter etwa Andrea Karsten, Trägerin des Deutschen Solarpreises. Der Appell benennt die Energiewende als eine „Frage der Gerechtigkeit und friedenspolitische Aufgabe“. Ein sozialverantwortlicher Kohleausstieg bis 2030 werde gelingen – im Zeichen von Gesundheitsvorsorge und zur Schaffung von Arbeit. Es wird ein zu beschleunigender Umstieg auf 100 % Erneuerbare Energien eingefordert. „Ausbau-Mengenbegrenzungen sind verfehlt“ erklärt der Appell, der sich auf die soziale Dimension konzentriert: „Bereits heute gibt es schon 25 Millionen Klimaflüchtlinge; bis 2050 könnten es bis zu 140 Millionen werden. Es drohen weitere Kriege um die Verteilung schwindender Ressourcen“, heißt es.

Die von mir initiierte Plattform zielt darauf, sozialdemokratische Stimmen hinter der Prämisse ‚global denken und lokal handeln‘ zu versammeln und zu bündeln. Der Appell schließt mit einem Zitat des im Jahr 2010 verstorbenen SPD-Politikers Hermann Scheer, der unter anderem als Architekt des Erneuerbare-Energien-Gesetzes wie auch der Internationalen Erneuerbare-Energien-Agentur IRENA gilt und sich weltweit für den Umstieg auf Erneuerbare Energien einsetzte.

Als Online-Plattform richtet sich die sozialdemokratische Stimme für eine zu beschleunigende Energiewende an weitere Unterzeichnerinnen und Unterzeichner. Bisher gibt es ca. 1390 Unterschriften (Stand: 20. Dezember 2018).



## **SOZIALDEMOKRATISCHER ENERGIEWENDE-APPELL**

Erneut hat der Weltklimarat die Dringlichkeit für CO<sub>2</sub>-mindernde Maßnahmen verdeutlicht: Es darf nicht um ein Recht auf 2 Grad Klimaerwärmung, sondern es muss um so wenig CO<sub>2</sub> wie möglich gehen. Andernfalls wird der Klimawandel angesichts von Ernteaussfällen, Überschwemmungen und ansteigendem Meeresspiegel zur Armutsfalle des 21. Jahrhunderts. Bereits heute gibt es schon 25 Millionen Klimaflüchtlinge; bis 2050 könnten es bis zu 140 Millionen werden. Es drohen weitere Kriege um die Verteilung schwindender Ressourcen.

**Der Klimawandel bedroht die Lebensgrundlagen von immer mehr Menschen. Die Ärmern sind die am ersten und stärksten Betroffenen. Deswegen ist die Energiewende eine Gerechtigkeitsfrage und friedenspolitische Aufgabe!**

Die zu beschleunigende Energie-, Mobilitäts- und Wärmewende ist der zentrale Schlüssel des Klimaschutzes. Da 55% der Emissionen des Stromsektors allein auf Braunkohleverbrennung entfallen, brauchen wir den zügigen Ausstieg aus der Kohleverstromung.

**Mit einem Umstieg auf Zukunftstechnologien wird ein sozialverantwortlicher Kohleausstieg bis 2030 gelingen – im Zeichen von Gesundheitsvorsorge, zur Schaffung von Arbeit, auch für die heute in der Kohlewirtschaft Beschäftigten und für Wettbewerbsfähigkeit heimischer Wirtschaft.**

**Erneuerbarer Energien müssen in Kombination mit Speichern und intelligenten Netzen Atom- und fossile Energien verdrängen – nicht umgekehrt. Hierfür müssen Anreize geschaffen werden.**

**Wir brauchen einen beschleunigten Umstieg auf 100 % Erneuerbare Energien. Ausbau-Mengenbegrenzungen sind verfehlt.**

Häufig wird erklärt, nationale Maßnahmen seien für internationalen Klimaschutz nicht maßgeblich. Dies trifft nicht zu. Zum einen entspricht es dem Klimaschutzvertrag von Paris, nationale Klimaschutzbeiträge zu leisten. Zum anderen beweisen die bisherigen Klimaschutzmaßnahmen in Gestalt des Ausbaus Erneuerbarer Energien wie wichtig Vorreiterrollen sind: Das von dem Sozialdemokraten Hermann Scheer maßgeblich entwickelte und unter Rot-Grün im Jahr 2000 in Kraft getretene Erneuerbare-Energien-Gesetz gilt als der entscheidende

Antriebsmotor einer seither weltweit in Bewegung gesetzten Energiewende. Erneuerbare-Energien-Technologien sind auf diesem Weg auch ökonomisch konkurrenzfähig geworden.

**Klimaschutz heißt: Global denken und lokal handeln. Als Technologie und Exportnation trägt Deutschland eine besondere Verantwortung: dezentral, unter Beteiligung der Menschen vor Ort. So können auch Wertschöpfung in ländlichen Räumen sowie eine Entlastung urbaner Zentren erreicht und Wohnraummangel reduziert werden.**

Die Abhängigkeit von endlichen Energieressourcen bedeutet absehbar steigende Energiearmut, wenn sich die Verknappung in den Energiepreisen abbildet. Lieferengpässe von Treibstoffen aufgrund niedriger Flusspegelstände, wie sie zurzeit bereits innerhalb Deutschlands zu unterschiedlichen Preisen führen, sind Warnsignale.

Jährlich werden die Menschen in Deutschland mit 57 Milliarden Euro klimaschädlichen Subventionen belastet. Schadstoffe haben einen Preis, der sichtbar werden muss. Nur so kann ein Energiemarkt entstehen.

**Mit einer CO<sub>2</sub>- bzw. Schadstoffbepreisung für einen fairen Energiemarkt!**

*„Die schnelle und umfassende Einführung Erneuerbarer Energien heute garantiert, dass wir morgen eine umweltfreundliche, sichere und kostengünstige Energie für alle haben.“*

*Dr. Hermann Scheer (29.04.1944 – 14.10.2010)*

## **ErstunterzeichnerInnen**

**Dr. Nina Scheer**, MdB, Stellv. Vorsitzende Parlamentarischer Beirat für Nachhaltige Entwicklung, Stellv. Sprecherin der Arbeitsgruppe Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit der SPD-Bundestagsfraktion, Siebeneichen • **Christian Pegel**, Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern, Greifswald • **Johann Saathoff**, MdB, Energiepolitischer Koordinator der SPD-Bundestagsfraktion, Krummhörn • **Carsten Träger**, MdB, Sprecher der Arbeitsgruppe Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit der SPD-Bundestagsfraktion, Fürth • **Ute Vogt**, MdB, Stuttgart • **Ulrich Kelber**, MdB, Bonn • **Ulli Nissen**, MdB, Stellv. Sprecherin der Arbeitsgruppe Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit der SPD-Bundestagsfraktion, Frankfurt am Main • **Detlev Pilger**, MdB, Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit • **Natascha Kohnen**, MdL, Energiepolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Bayern, Neubiberg • **Sandra Redmann**, MdL, Umweltpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, Bad Schwartau • **Thomas Hölck**, MdL, Energiepolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, Haseldorf • **Jörg Vieweg**, MdL, Sprecher für Mittelstandspolitik und Handwerk sowie für Energiepolitik, Tourismus und Sport der SPD-Landtagsfraktion Sachsen, Chemnitz • **Philipp da Cunha**,

MdL, Sprecher für Energie- und Verbraucherschutzpolitik sowie für Digitalisierung und Netzpolitik der SPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern, Güstrow • **Monika Schaal**, MdHB, Sprecherin für Umwelt und Energie der SPD Bürgerschaftsfraktion Hamburg, Hamburg • **Gernot Gruber**, MdL, Sprecher für Energie und Klimaschutz der SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg, Backnang • **Gabi Rolland**, MdL, Umweltpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg, Freiburg. • **Erhard Eppler**, u.a. Minister a.D., Schwäbisch Hall • **Dr. Monika Griefahn**, Ministerin a.D., Buchholz • **Margit Conrad**, Staatsministerin a.D., Bolanden • **Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker**, ehem. MdB, Emmendingen • **Eckart Kuhlwein**, Geschäftsführer des Umweltforums der SPD Schleswig-Holstein, ehem. MdB, Ammersbek • **Prof. Dr. Kai Niebert**, Präsident Deutscher Naturschutzring, Berlin • **Dr. Dörte Fouquet**, Rechtsanwältin, Hamburg • **Andrea Karsten**, Berlin • **Rudi Borchert**, ehem. MdL und energiepolitischer Sprecher, SPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern, Waren • **Erik Schöller**, Mainz • **Dr. Harry Lehmann**, Fachbereichsleiter „Umweltplanung und Nachhaltigkeitsstrategien“ beim Umweltbundesamt, Dessau • **Rainer Volkmann**, ehem. MdL, München • **Rudi Remm**, München



Link zum Appell: <https://energiewende-appell.de>

## PraktikantInnen

### Justus Gross

„Ich bin Justus Gross, 22 Jahre alt aus Ahrensburg und durfte im Oktober und November als Praktikant im Berliner Büro der Bundestagsabgeordneten Dr. Nina Scheer mitarbeiten.“

Dabei habe ich wunderbare Einblicke in die Arbeit der Abgeordneten, den Gesetzgebungsprozess und allgemein der politischen Arbeit von Mandatsträgern erhalten. In meine Praktikumszeit fielen insgesamt fünf Sitzungswochen, die besonders interessant waren. Meine übliche Arbeitswoche sah dabei wie folgt aus:



Am Montag gilt es die Sitzungswoche vorzubereiten. Dazu gehört unter anderem anstehende Gesetze mit all den nötigen Hintergrundinformationen für die Abgeordnete vorzubereiten. Häufig finden montags auch Mitarbeiterunden statt, bei denen sich die Mitarbeiter der SPD-Abgeordneten untereinander austauschen und abstimmen können. Am Dienstagmorgen kommen die jeweiligen Fachpolitiker der



SPD-Fraktion zu den Sitzungen der Arbeitsgemeinschaften zusammen, um sich gemeinsam auf die am darauffolgenden Tag stattfindenden Ausschusssitzungen vorzubereiten. Im Rahmen des Praktikums hatte ich auch die Möglichkeit einer Fraktionssitzung beizuwohnen. Diese Gelegenheit habe ich mir natürlich nicht nehmen lassen und war begeistert von der spannenden und wirklich lebhaften Debatte. Mittwoch morgens finden dann die Ausschusssitzungen statt, in denen die eigentliche parlamentarische Arbeit stattfindet. Zumeist habe ich Nina im Umweltausschuss begleitet. Aktuelle Themen während der zwei Monate waren vor allem der IPCC Bericht zum 2°C-Ziel sowie Sonderausschreibungen für die Erneuerbaren Energien. Am Donnerstag findet den ganzen Tag über Plenardebatte statt, die ich auch das ein oder andere Mal live von der Tribüne aus mitverfolgen konnte. Unter anderem zum Beispiel bei einer Regierungserklärung der Kanzlerin und einer Debatte über den Etat des Wirtschaftsministerium für das Jahr 2019. Außerdem trifft sich am Donnerstagabend, der von den Praktikanten der sechs im Bundestag vertretenen Fraktionen organisierte Stammtisch, bei dem die Debatten mitunter so leidenschaftlich geführt wurden, wie es im Bundestag Gang und Gebe ist. Freitags vormittags finden weitere Debatten im Plenum statt. Außerdem bietet sich Möglichkeit am Rande des Plenums weitere Termine wahrzunehmen. Gespräche mit Abgeordneten der eigenen Fraktion, des Koalitionspartners, oder aber auch mit Fachleuten aus der Zivilgesellschaft sind Teil der parlamentarischen Arbeit und garantieren, dass alle Interessen gehört werden und es zu einer ausgewogenen Umsetzung kommt.

Außerdem bietet die SPD-Bundestagsfraktion den Praktikanten aus den SPD-Büros die Möglichkeit am internen Praktikantenprogramm teilzunehmen. Dabei wurden ganz viele verschiedene Themen mit unterschiedlichen ReferentInnen diskutiert.

Ich habe die Zeit sehr genossen und bedanke mich insbesondere bei Nina und ihrem Team für die tolle Zeit und die Art und Weise, wie ich im Team aufgenommen wurde und wünsche weiterhin bestes Gelingen für die restliche Legislaturperiode.“

## Reden



Oppositionsanträge zu Klimaschutz und Antrag CDU/CSU und SPD „Klimakonferenz von Katowice – Pariser Klimaabkommen entschlossen umsetzen“, 29. November 2018

<https://www.nina-scheer.de/zur-sache/reden/766-rede-klimaschutzpolitik.html>





## Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie zum Energiesammelgesetz, 20. November 2018

[https://www.bundestag.de/mediathek?](https://www.bundestag.de/mediathek?videoId=7291119#url=bWVkaWF0aGVrb3ZlcmxheT92aWRib2lkPTcyOTExMTk=&mod=mediathek)

[videoId=7291119#url=bWVkaWF0aGVrb3ZlcmxheT92aWRib2lkPTcyOTExMTk=&mod=mediathek](https://www.bundestag.de/mediathek?videoId=7291119#url=bWVkaWF0aGVrb3ZlcmxheT92aWRib2lkPTcyOTExMTk=&mod=mediathek)

## Medienspots

### „Neuordnung bei der CDU – Welchen Kurs nimmt die Koalition?“

Diskussionsrunde der Sendereihe Kontrovers, Deutschlandfunk, 5. November 2018

Link zum Beitrag und Podcast: [https://www.deutschlandfunk.de/neuordnung-bei-der-cdu-welchen-kurs-nimmt-die-koalition.1784.de.html?dram:article\\_id=432143](https://www.deutschlandfunk.de/neuordnung-bei-der-cdu-welchen-kurs-nimmt-die-koalition.1784.de.html?dram:article_id=432143)

## Eigene Veranstaltungen

### Berlinspiegel in Schwarzenbek

Am 15. November diskutierte ich mit Genossinnen und Genossen aus dem Wahlkreis (WK 10, Herzogtum Lauenburg/Stormarn-Süd) und dem Betreuungs-Wahlkreis (WK 8, Stormarn Mitte) über aktuelle Themen und Aufgaben.



Zur Sprache kamen bei dem traditionellen kreisübergreifenden Austausch unter anderem der „Sozialdemokratische Energiewende-Appell“, Fragen rund um die Diesel-Situation (Vgl. auch die Ausgabe 3/2018 des Newsletters), die Fristverlängerung bei der Ferkelkastration oder die Causa Maaßen. Auch die Rolle der SPD in der Großen Koalition, die Situation des gesamten Parteienspektrums, der Profilverlust beider großer Volksparteien sowie mögliche Wege, die Sozialdemokratie sowohl innerhalb der Koalition als auch von ihr unabhängig zu stärken, wurden diskutiert.

## Auf Einladung (Auswahl)

### Bundesweiter Vorlesetag

Der Bundesweite Vorlesetag ist eine gemeinsame Initiative von DIE ZEIT, Stiftung Lesen und Deutsche Bahn Stiftung. Mit der Aktion soll ein Zeichen für die Bedeutung des Vorlesens gesetzt und Begeisterung für das Lesen und Vorlesen bei Kindern geweckt werden. In diesem Jahr las ich Schülerinnen und Schülern der Grundschule Lüttau vor.



Der Vorlesetag stand 2018 unter dem Motto 'Natur und Umwelt'. Daher habe ich mich erneut für die Kurzgeschichte 'Der Regenmacher' entschieden. Dabei geht es um einen Erfinder, der einen 'Regenwolkenstaubsauger' zur Vermeidung von Regen entwickelt, um daraufhin die Kehrseiten von zu viel Trockenheit zu erfahren. Ein Schüler, Joshua, hatte seine eigenen Zeichnungen mit Erfindungen dabei. In der ausgewählten Geschichte stecken auch Aussagen, die für die Ursachen des menschengemachten Klimawandels sensibleren. Die Kinder hatten schon ein ausgeprägtes Verständnis dafür.

Angela Harting, Schulleiterin der Grundschule Lüttau, resümierte: „Die heutige Vorleseaktion war ein voller Erfolg. Die Kinder haben die Geschichte mit Begeisterung aufgenommen und anschließend mit Frau Scheer darüber diskutiert. Jugendliche zum Lesen zu motivieren, leistet einen wichtigen Beitrag für die Chancengleichheit und die Ausbildungsfähigkeit unserer Kinder.“

### Diskussionsabend in Paris zum Klimaschutz

Auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Heinrich-Heine-Haus diskutierte ich am 13. November in Paris über europäische und bilaterale Ansätze zum Klimaschutz. Unter der Überschrift: Ein europäischer Finanz-Klima-Pakt? diskutierten wir über energie- und umweltpolitische Herausforderungen und die Initiative „Für einen Finanz-Klima-Pakt“, die neben einer Finanztransaktionssteuer auch eine CO<sub>2</sub>-Steuer als Hebel vorschlägt.



Mit mir auf dem Podium saßen Damien Pichereau, Abgeordneter der Assemblée nationale, Mitglied des Ausschusses für nachhaltige Entwicklung und Landesentwicklung und Pierre Larrourou, Mitinitiator des Aufrufs. Moderiert wurde die Diskussion von Romy Strassenburg, Freie Journalistin.

## **Rotes Wochenende der Jusos Schleswig-Holstein**

Gerne folgte ich der Einladung der Jusos Schleswig-Holstein zum Roten Wochenende zum Thema ‚Umwelt und Nachhaltigkeit‘. Am 17. November diskutierten wir im ‚Kiek in!‘ in Neumünster über den Einfluss der Viehwirtschaft auf die Umwelt und den Klimawandel. Ein in der öffentlichen Diskussion oftmals zu wenig beachteter Faktor, etwa mit Blick den großen Treibhausgasanteil der Fleisch- und Fischindustrie. Zum Einstieg in das Thema schauten wir gemeinsam den Dokumentarfilm ‚Cowspiracy: The Sustainability Secret‘ aus dem Jahr 2014.

## **Regionalkonferenz zu Integration**

### **Regionalkonferenz der Koordinierungsstelle für die integrationsorientierte Aufnahme von Flüchtlingen in des Kreises Herzogtum Lauenburg**

Am 24. November 2018 fand im Europagymnasium Schwarzenbek die 4. Regionalkonferenz zum Thema „Integration“ unter dem Titel „Hier – und jetzt?“ statt. Am Vormittag berichteten geflüchtete Frauen und Männer aus Syrien, Afghanistan, dem Iran, Irak und Eritrea über ihre ganz persönlichen Geschichten vom Ankommen in unserem Kreis.

Das Ziel der diesjährigen Veranstaltung war, gemeinsam mit den Gästen Ideen für ein gelungenes Miteinander im Kreis Herzogtum Lauenburg zu entwickeln und Teilhabemöglichkeiten konkret auszuloten.

Das war auch Thema der Diskussion zwischen Bundes- und Kreispolitik sowie Vertretern der Verwaltung, an der ich gemeinsam mit Dr. Konstantin von Notz, Martin Voß, Michael Stark sowie dem Autor und Youtuber Firas Alshater teilnahm.

Hier wurde sowohl über die bundespolitischen, rechtlichen als auch kreisbezogenen und kommunalen Rahmenbedingungen für Flüchtlinge und Integrationsaufgaben





debattiert. Den Auftakt hatte ein Referat von Firas Alshater gegeben, der von seiner Flucht aus Syrien berichtete, wo er einst im Gefängnis saß und Folter erlitt, sowie von seinen Begegnungen in Deutschland. Mit seinen youtube-Videos, die teilweise weltweit Aufsehen erregten, weist er auf Alltagssituationen hin, um hierüber auf gegenseitiges Verstehen zwischen den Kulturen und Sprachen hinzuwirken.

## **Podiumsdiskussion – Verkehrswende für den Klimaschutz**

Auf Einladung der SPD-Kiel nahm ich am 4. Dezember 2018 an der Veranstaltung „Verkehrswende für den Klimaschutz“ in Kiel teil.



Weitere Teilnehmer waren unter anderem mein Bundestagskollege Matthias Stein, Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, Andreas von der Heydt, Leiter des Umweltamtes der Stadt Kiel, Kirsten Kock, BUND sowie Peter Bender, Leiter des Tiefbauamtes Kiel. Unter der Moderation von Max Dregelies, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion, diskutierten wir über die derzeit verhandelten Diesel-Maßnahmen und alternative Verkehrsmodelle sowie politische Wege, die Verkehrswende einzuleiten bzw. zu beschleunigen.

## **Zu Besuch bei der AWO in Reinbek**

Am 7. Dezember 2018 besuchte ich gemeinsam mit Martin Habersaat, MdL das AWO-Integrationscenter in Reinbek. Nach einem Rundgang, der auch den Besuch einiger Schulungsräume mit dortigem Unterricht umfasste, fand ein Austausch mit

der Einrichtungsleiterin Ilona Akopjan und der Regionalleiterin Hatice Erdem, Kirsten Niemann, Abgeordnete des Kreistages Herzogtum Lauenburg und für die AWO sowohl am Standort Geesthacht als auch Reinbek tätig sowie Abeg Erdem statt.



Wir tauschten uns unter anderem über Fragen zur Mittelweitergabe, über die Größe der Kurse, die Unterbringung, bürokratische Anforderungen, jugendspezifische Betreuung sowie die Durchmischung der Klassen aus. So wurde deutlich, welche Anforderungen damit verbunden sind, KursteilnehmerInnen, die keine oder wenig Schulkenntnisse mitbringen, gemeinsam mit solchen, die in ihrer Muttersprache eine Schule besuchten oder weitere Qualifikationen durchliefen, zu unterrichten. MindestteilnehmerInnenzahlen für Kursangebote stellen vor diesem Hintergrund eine gesonderte Herausforderung dar.

**Nächste Termine und Veranstaltungshinweise vgl. [www.nina-scheer.de](http://www.nina-scheer.de)**

**Dr. Nina Scheer • Mitglied des Deutschen Bundestages**

[nina.scheer@bundestag.de](mailto:nina.scheer@bundestag.de) • [www.nina-scheer.de](http://www.nina-scheer.de)

**Berliner Büro • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin**

Tel.: 030 227 73537 • Fax: 030 227 76539

**Wahlkreisbüro Ahrensburg • Manhagener Allee 17 • 22926 Ahrensburg**

Tel.: 04102 6916011

**Wahlkreisbüro Geesthacht • Markt 17 • 21502 Geesthacht**

Tel.: 04152 8054740

V. i. S. d. P.: Dr. Nina Scheer • Markt 17 • 21502 Geesthacht





Foto: Hermann Bock



Foto: Lennart Fey



Deutscher Bundestag  
Dr. Nina Scheer, SPD  
live  
14:51



Foto: Lars Schwieger



Foto: Bundesregierung / Arge GF-BT GbR



Foto: Kreis Herzogtum Lauenburg



Mindrup  
SPD  
Dr. Scheer  
SPD  
Schwabe



Foto: Thomas Imo/photothek.net

